

Positionspapier der gemeinwohlorientierten Weiterbildung zum geplanten Integrationsplan für NRW

Die Landesorganisationen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung begrüßen grundsätzlich den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW.“ (Drucksache 16/11229) und den darin geforderten umfassenden Integrationsplan für das Land NRW.

Wir stellen dabei fest, dass die Regierungsfractionen in ihrem Antrag in zentralen Handlungsfeldern auf das Fachwissen und die Handlungskompetenz der gemeinwohlorientierten Weiterbildung in NRW setzen. Wir sehen darin den längst überfälligen ersten Schritt, die öffentlich anerkannte Weiterbildung systematisch in die Integrationsstrategie des Landes NRW einzubinden.

Die Landesorganisationen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung bieten bei der Umsetzung der in dem Antrag genannten Handlungsfelder ihre bewährte und konstruktive Zusammenarbeit an. Das breite Spektrum der Weiterbildung mit allgemeiner, politischer, beruflicher, schulabschlussbezogener und kultureller Weiterbildung sowie mit Eltern- und Familienbildung garantiert, dass unter unserem Dach ein umfassendes und professionelles Integrationsangebot der Erwachsenenbildung zur Verfügung stehen kann. Die inhaltlichen Herausforderungen lassen sich für die Weiterbildung insbesondere in folgende Bereiche aufgliedern:

- Sprachen- und Integrationsangebote umsetzen
- Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit herstellen
- Haupt- und Ehrenamtliche qualifizieren
- gemeinsame Angebote der Aufnahmegesellschaft mit Flüchtlingen organisieren
- Demokratische Prozesse stärken

Und die Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen leisten seit Jahrzehnten erfolgreiche Integrationsarbeit. Wir verfügen über qualifiziertes haupt- und nebenberufliches Personal, sind regional weitreichend vernetzt und jetzt schon Anlaufstelle für geflüchtete Menschen. Die Einrichtungen navigieren sich bereits jetzt durch die Programme und Projektlandschaft, akquirieren Fördermittel (insbesondere BAMF, BA, Kommunen, Kirchen, Stiftungen etc.) und setzen diese in massiv gewachsenem Umfang in Maßnahmen zur Integration um. Damit ist die gemeinwohlorientierte Weiterbildung die erste Adresse in NRW, wenn es um die zur Integration notwendigen Bildungsbedarfe von Hundertausenden von erwachsenen Flüchtlingen und gleichzeitig der Aufnahmegesellschaft geht.

Die Einrichtungen haben aber schon länger die Grenzen des Machbaren erreicht. Und um die jetzt unumgänglichen und zusätzlichen enormen Aufgaben angemessen bewältigen zu können und ohne die etablierten Angebote einschränken zu müssen, setzen wir voraus, dass das Land NRW nunmehr für die Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung auch die entsprechenden Voraussetzungen schafft.



- Wir fordern im Rahmen eines Notprogramms für 2016 zusätzliche Fördermittel für akute Maßnahmen.
- Wir fordern ein langfristig angelegtes Offensivprogramm außerhalb der Grenzen des Weiterbildungsgesetzes, das sowohl Maßnahmen- als auch Strukturförderung unbürokratisch ermöglicht. Der Einsatz der zusätzlichen Mittel muss sich an dem Bedarf vor Ort orientieren und muss den Einrichtungen überlassen bleiben. Wir gehen derzeit von einem Bedarf von zusätzlich jährlich 20 Mio. Euro aus.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrike Kilp
-Sprecherin-

Wolfgang Jost
-Sprecher-

Düsseldorf, den 17. März 2016

